

## Brokdorf-Baustopp in der nächsten Instanz

Gericht: Entsorgung nicht geregelt / Landesregierung widerspricht

al. KIEL, 10. Februar. Der Baustopp für das Kernkraftwerk Brokdorf bleibt bestehen. Die X. Kammer des Verwaltungsgerichts Schleswig ist in einem Beschluß zu dem Ergebnis gekommen, an der Rechtmäßigkeit der ersten Teilbaugenehmigung bestünden vor allem wegen der nicht geregelten Entsorgung ernsthafte Zweifel. Schaden könne auch durch die Lagerung abgebrannter Brennstäbe entstehen. Ministerpräsident Stoltenberg sagte am Donnerstag, diese Entscheidung stehe im Gegensatz zur Rechtsauffassung der Landesregierung und der Bundesregierung. Es werde jetzt auf den Spruch des für Schleswig-Holstein zuständigen Oberverwaltungsgerichts Lüneburg ankommen.

Bei diesem Vorverfahren ging es um die zunächst von neun klagenden Bürgern erreichte Aufhebung des Sofortvollzugs für den ersten Bauabschnitt in Brokdorf, der noch nicht das eigentliche Reaktorgebäude betrifft. Beschwerde gegen den Beschluß aus Schleswig werden die beteiligten Energieversorgungsunternehmen in Lüneburg einlegen. Erst wenn über den Baustopp endgültig entschieden ist, wird das Hauptverfahren beginnen.

Stoltenberg sagte, die dem Verwaltungsgericht gegebene mündliche Begründung berühre nicht nur das Kernkraftwerk Brokdorf, sondern auch eine Reihe anderer laufender Genehmigungsverfahren im Bundesgebiet. Schon deshalb werde es erforderlich sein, im Beschwerdeverfahren beim Oberverwaltungsgericht eine Grundsatzenscheidung herbeizuführen. Sollte sich die Rechtsauffassung der unteren Verwaltungsebene durchsetzen, wie sie auch von einer Kammer in Nordrhein-Westfalen bekräftigt worden sei, dann sei es sehr zweifelhaft, ob in absehbarer Zeit überhaupt noch ein Kraftwerksbau in der Bundesrepublik begonnen werden könne.

Der Kieler Regierungschef unterstreicht, der Bundesinnenminister habe am 27. Juli 1976 schriftlich festgestellt, daß die rechtlichen Voraussetzungen für die erste Teilgenehmigung in Brokdorf gegeben seien. Dies sei auch in einer Erklärung der Bundesregierung vom 4. Februar noch einmal ausdrücklich bekräftigt worden. Zur Frage der Entsorgung habe der Innenminister zwar nicht die Auflage gemacht, aber doch empfohlen, spätestens bis zur Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Brokdorf den Nachweis zu erbringen,

daß die Entsorgung von abgebrannten Brennelementen ausreichend geregelt sei. Weiter wurde empfohlen, vor der ersten Teilbaugenehmigung von den Energieunternehmen einen entsprechenden verbindlichen Überblick über die Planung einzuholen. Dies sei auf Veranlassung des schleswig-holsteinischen Sozialministers Klausen geschehen, sagte Stoltenberg. Die Unterlagen wurden dem Bundesinnenministerium im Oktober zugeschickt.

Aus diesem Verfahren folgert der Kieler Ministerpräsident in Übereinstimmung mit dem Bundesinnenministerium: „Die rechtlichen Voraussetzungen für die erste Teilgenehmigung und den Sofortvollzug sind auch unter Beachtung der Änderung des Atomgesetzes vom 30. August 1976 gegeben, in der die Entsorgungsfrage geregelt wird.“

Unbeschadet der Schleswiger Verwaltungsgerichtsentscheidung wird es allem Anschein nach am 19. Februar zwei getrennte Demonstrationen geben: eine in Brokdorf und eine in der Kreisstadt Itzehoe. Nach den Worten Stoltenbergs liegen nach wie vor Anzeichen vor, daß kommunistische, anarchistische und terroristische Gruppen die Demonstration am Bauplatz Brokdorf zu noch größeren Gewalttätigkeiten mißbrauchen wollen als bei den beiden vorangegangenen Demonstrationen. In Übereinstimmung mit der Bundesregierung und den Länderregierungen würden deshalb sehr umfassende Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

## Blüm für die Einführung eines Erziehungsgeldes

KIEL, 10. Februar (dpa). Die Einführung eines Erziehungsgeldes für berufstätige Mütter ist nach Ansicht des CDU-Bundestagsabgeordneten Blüm eine Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik zu bekämpfen. Blüm sagte, es gehe darum, gewissen Personenkreisen einen finanziellen Anreiz zu bieten, damit sie „aus der Arbeit ausscheiden“, um anderen Platz zu machen. Gegenwärtig gibt es nach Darstellung Blüms etwa eine halbe Million berufstätiger Mütter mit einem Kind unter drei Jahren. Für 300 000 Bezieher eines Erziehungsgeldes würde — lege man ein Erziehungsgeld ab 300 Mark zugrunde — der Betrag für die Staatskasse rund eine Milliarde Mark ausmachen.

## Karry: Energieversorgung nur bis 1982 gesichert

W. F. WIESBADEN, 10. Februar. Hessen kann nach Angaben des hessischen Wirtschaftsministers Karry den Bau neuer Kernkraftwerke oder die Umstellung seiner gesamten Energiepolitik nicht unbefristet hinausschieben, sonst ist in diesem Land nur noch bis 1982 mit gesicherter Stromversorgung zu rechnen. Karry sagte, sein Ministerium beabsichtige keineswegs, den Bau des neuen Blocks C für das Kernkraftwerk Biblis freizugeben, bevor die gefahrlose Verwahrung des Atommülls sichergestellt sei. Frühzeitig müsse jedoch entschieden werden, ob Hessen die Jahre 1983 bis 1985 durch den Bau von 20 Kohlekraftwerken (statt der geplanten Kernkraftwerke) mit entsprechender Umweltbelastung und erhöhten Kohleimporten überbrücken solle. Nach 1985 ist nach Karrys Ansicht ohnedies nicht mehr ohne Kernkraftwerke auszukommen.



# Wie es zum Brokdorf-Urteil kam 5.3

MANFRED R. BEER, Schleswig

Als Jürgen Feist (39), Vorsitzender Richter der Zehnten Kammer des schleswig-holsteinischen Verwaltungsgerichts in Schleswig am Mittwoch verkündete, der Baustopp in Brokdorf bestehe zu Recht und müsse verlängert werden, wollte unter den noch verbliebenen Kernkraftgegnern im Saal Begeisterung zunächst nicht aufkommen. Erst nachdem die Verblüffung einigermaßen überwunden war, setzte zögernd Beifall ein.

Nach mehr als zehnstündiger Verhandlung im lindgrün getünchten, mit schwerer Stuckdecke versehenen Plenarsaal des ehemaligen Regierungsgebäudes der Preussischen Provinz Schleswig-Holstein war eine Entscheidung gefällt worden, die nicht nur Brokdorf berührt — auf dessen Baugelände die Radikalen am 19. Februar erneut gewaltsam vorrücken wollen; zweifellos haben die norddeutschen Bürgerinitiativen einen bemerkenswerten Erfolg erzielt. Die unterlegene Gegenseite, Schleswig-Holsteins Landesregierung, wird zwar Revision beim Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg anmelden. Der Weiterbau des umstrittenen Kernkraftwerks an der Unterelbe ist jedoch in die Ferne gerückt.

Begonnen hatte der Rechtsstreit am 26. November 1976: Vier Tage vor dem blutigen zweiten Sturm auf Brokdorf reichten Kernkraftwerksgegner aus der Wilstermarsch, die Gemeinden Dammfleth, Krummdeich, Wewelsfleth und

neun Privatpersonen, unter denen sich indes außer einer Lehrerin und einem Schiffsbauer kein Bürger aus dem 700-Seelen-Ort Brokdorf befand, Klage gegen den Weiterbau ein. Darauf beschloß das Verwaltungsgericht Schleswig am 15. Dezember einen vorläufigen Baustopp.

Um die Frage, ob es bei diesem Baustopp bleiben sollte, ging es jetzt. 150 Personen faßte der Plenarsaal des Verwaltungsgerichts, allein 69 waren Prozeßbeteiligte: Dutzende Wissenschaftler, namhafte Umweltexperten, Spitzenbeamte aus Bundes- und Landesministerien. Kein Wunder, daß die Verhandlung zeitweise den Zuschnitt eines anspruchsvollen Seminars über Atomkraft bekam. Der Marschbauer Rolf Helle- rich, Vorsitzender der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU), der eisern im Saale ausharrte, kämpfte tapfer gegen den Schlaf an. Und der Vorsitzende Richter Feist äußerte manchmal Unmut: „Mit meinem Laienverstand bin ich nun einmal nur Jurist, kein Atomwissenschaftler.“

Als zentrales Thema kristallisierte sich heraus: Dürfen Kernkraftwerke genehmigt oder gebaut werden, solange Verarbeitung und Entsorgung der Brennelemente noch nicht ganz geklärt sind?

Trotz der Argumente der Antragsgegner, das Problem der Entsorgung könne „durchaus gelöst werden“, schloß sich das fünfköpfige Gericht — darunter zwei Laienrichter (eine Hausfrau und

ein Tischler) — der Auffassung der Antragsteller an, die Beseitigung des Atommülls in einem künftigen Kernkraftwerk Brokdorf sei keineswegs gesichert. Die Verarbeitung und Entlagerung der verbrannten radioaktiven Kernbrennstäbe sei, befand das Gericht, nicht geklärt. Das sei jedoch eine Voraussetzung für den späteren Betrieb des Kernkraftwerks. Da dieser Punkt nicht berücksichtigt worden sei, ergäben sich erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Teilbaugenehmigung.

Nach Meinung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg steht diese Entscheidung „im Gegensatz zur Rechtsauffassung der Landes- und Bundesregierung in der Frage der Entsorgung“. Stoltenberg sagte gestern vor Journalisten in Kiel, die Begründung der Schleswiger Richter berühre nicht nur Brokdorf sondern auch eine Reihe anderer Genehmigungsverfahren im Bundesgebiet. Schon deshalb werde es erforderlich sein, im Beschwerdeverfahren beim Obergerverwaltungsgericht Lüneburg eine Grundsatzentscheidung in zweiter Instanz herbeizuführen. Sollten sich, so Stoltenberg, die Rechtsauffassungen der Verwaltungsgerichte in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen über den Bau von Kern- und Kohlekraftwerken in der Rechtsprechung durchsetzen, dann sei es „sehr zweifelhaft, ob in absehbarer Zeit überhaupt noch ein Kernkraftwerkbau in der Bundesrepublik begonnen werden kann“.



# Gericht: Entsorgung von Brokdorf ungeklärt

Hauptpunkt der Bestätigung des vorläufigen Baustops für das Kernkraftwerk / Kiel: Andere Rechtsauffassung

Von unserem Redaktionsmitglied Gert Kistenmacher

Schleswig, 10. Februar — Entgegen allen Erwartungen hat die für atomrechtliche Probleme zuständige Zehnte Kammer des Landesverwaltungsgerichts in Schleswig noch am späten Mittwochabend nach mehr als zehnstündiger Verhandlung überraschend doch noch seine Entscheidung verkündet, wie schon in einem Teil unserer Donnerstagsausgabe gemeldet. Nach Prüfung aller von den streitenden Parteien und der im Verlauf der Anhörung vorgebrachten Argumente für oder wider das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf an der Unterelbe erkannte das Gericht „ernste rechtliche Zweifel am Sofortvollzug“ der vom Land Schleswig-Holstein am 25. Oktober vorigen Jahres ausgesprochenen ersten Teilgenehmigung für den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf. Es bleibt somit vorerst beim Baustop auf dem Gelände in der Wilstermarsch.

Die in diesem erstinstanzlichen Verfahren unterlegene schleswig-holsteinische Landesregierung hat die Möglichkeit, mit dem Rechtsmittel der Beschwerde das zuständige Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg anzurufen. Wann jedoch das Obergerverwaltungsgericht als zweite Instanz sein Urteil über den Sofortvollzug der Teilgenehmigung abgeben wird, kann zur Zeit niemand sagen. Es kann Wochen, aber auch Monate dauern.

Vor allem in der ungelösten Entsorgungsfrage für den Atom Müll offenbaren sich nach Ansicht des Schleswiger Verwaltungsgerichts schwere Mängel. Die schleswig-holsteinische Landesregierung habe nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen. Auf Grund der Anlagen und des geplanten Betriebs in Brokdorf hätten sich die Genehmigungsbehörden ein Gesamturteil über das Projekt verschaffen müssen, das eine geregelte Verwertungspflicht des anfallenden Atom Mülls mit einschließe. Das Atomgesetz schließe die geregelte Verwertungspflicht für Kernkraftwerksbetreiber mit ein. Auch von der Ablagerung der ausgebrannten Brennstäbe des Kernkraftwerks könnten möglicherweise noch Schäden ausgehen. Die Bewohner von Brokdorf und Umgebung hätten jedoch Anspruch und das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Durch die nicht gewährleistete Entsorgung, die nach Meinung des Verwaltungsgerichts die Grundvoraussetzung für die Genehmigung hätte sein müssen, werde dieses Recht jedoch beeinträchtigt, und die Kammer habe daher den weiteren Baustop verfügen müssen.

## Stoltenberg kündigt Beschwerde an

Vor der Landespressekonferenz in Kiel erklärte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident

Gerhard Stoltenberg (CDU) am Donnerstag, die Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Schleswig stehe im Gegensatz zu der Rechtsauffassung der Landesregierung und der Bundesregierung in der Frage der Entsorgung. Die vom Gericht gegebene Begründung berühre nicht nur das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf, sondern auch eine Reihe anderer laufender Genehmigungsverfahren im Bundesgebiet. Schon deshalb werde es erforderlich sein, im Beschwerdeverfahren beim Obergerverwaltungsgericht eine Grundsatzentscheidung in zweiter Instanz herbeizuführen. Sollten sich die Rechtsauffassung der Verwaltungsgerichte in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen zum Bau von Kernkraftwerken und Kohlekraftwerken in der Rechtssprechung durchsetzen, dann sei es sehr zweifelhaft, ob in absehbarer Zeit überhaupt noch ein Kraftwerkbau in der Bundesrepublik begonnen werden könne. Stoltenberg verwies in diesem Zusammenhang auf eine Erklärung der Bundesregierung vom 2. Februar, in der es heißt, der Bundesminister des Innern habe im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren dafür zu sorgen, daß die Gesichtspunkte des Schutzes der Menschen und der Umwelt vor den Gefahren der Kernenergie beachtet und die strengen Sicherheitsanforderungen eingehalten würden. Dies habe der Bundesinnenminister nach eingehender Prüfung auch in bezug auf die Errichtung eines Kernkraftwerks in Brokdorf bejaht.

Die Oppositionsparteien im schleswig-holsteinischen Landtag, SPD und FDP, und der Hamburger Senat begrüßten die Entscheidung des Verwaltungsgerichts.

## Initiativen: Etappensieg

Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen, Wüstenhagen, bezeichnete den Beschluß des Schleswiger Verwaltungsgerichts als einen Erfolg für die Bürgerinitiativen. Andererseits müsse erkannt werden, daß dadurch der Baustop nur um einige Monate aufgehoben werde. Es bleibe die Tatsache bestehen, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung gegen das Urteil Einspruch erhebe und abgewartet werden müsse, wie das Urteil der nächsten Instanz ausfalle. Es wäre zu wünschen, daß auch das Lüneburger Obergerverwaltungsgericht das jetzt vorliegende Urteil bestätige.

Im Hinblick auf geplante Demonstrationen am 19. Februar sagte Wüstenhagen, die Bürgerinitiativen wollten auf der Großveranstaltung in Itzehoe beweisen, daß sie guten Willens seien. Die von bestimmten politischen Gruppen geplanten „unfriedlichen Aktionen“ vor dem Baugelände in Brokdorf seien jetzt sinnlos. Wüstenhagen forderte die schleswig-holsteinische Landesregierung auf, jetzt ebenfalls guten Willen zu zeigen und mit den Bürgerinitiativen in Verhandlungen einzutreten.

Ein Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) betonte, der Schleswiger Beschluß folge der Argumentation der Bürger gegen das Kernkraftwerk Brokdorf, daß die Landesregierung von Schleswig-Holstein rechtswidrig die sofortige Vollziehung des Baubeginns angeordnet habe. Die BUU forderte von der Landesregierung „politische Konsequenzen“ mit der Aufgabe des Projektes Brokdorf, das die Bürger nicht wollten.



## Die Überraschung von Schleswig

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig, den Baustop in Brokdorf aufrechtzuerhalten, bietet eine Überraschung — nicht wegen des Resultats, sondern wegen der Begründung. Das Gericht hat nämlich die erste Teilbaugenehmigung sistiert, weil die Entsorgungsfrage nicht geklärt ist. Zwar hält der vernünftige Mensch einen solchen Spruch für selbstverständlich; im traditionellen Verwaltungsprozeß stellt sich das aber anders dar.

Bevor ein Kernkraftwerk die Arbeit aufnehmen kann, müssen verschiedene Genehmigungen eingeholt werden. Die Kraftwerks-Einheit wird im Verwaltungsrecht in Teile zertrennt — das dicke Ende kommt zuletzt. Bisher wurden die Teilgenehmigungen ohne Blick aufs Ganze erteilt — und ebenso vor Gericht geprüft. Die Richter in Schleswig haben nun die ultimative Kernfrage der Entsorgung, die gewöhnlich am Ende der Genehmigungskette steht, an den Anfang gestellt — und wurden darin nachträglich durch Ministerpräsident Stoltenberg bestätigt.

Wenn Stoltenberg sagt, so gesehen könne man auf absehbare Zeit kein Kraftwerk mehr zu bauen anfangen, verlangt er die Genehmigung ins Blaue hinein.

Überdies stellt Stoltenberg damit in Zweifel, daß das heutige Gespräch des Bundeskanzlers mit den Länderchefs auch nur die Hoffnung auf einen Ausweg aus dem Entsorgungsproblem bringen wird. Kann man es überhaupt sicher lösen — bei einer Nutzungsdauer der Kraftwerke von 30 Jahren und einer Entsorgungsdauer von mehr als 20 000 Jahren? Nach der Entscheidung von Schleswig könnte ein Vorschlag von Professor Hennis aktuell werden. Hennis meint, man solle doch in einem der laufenden Verfahren das Bundesverfassungsgericht schon jetzt fragen, ob der Paragraph 9 a des Atomgesetzes (und damit der Bau von Kernkraftwerken insgesamt) nicht verfassungswidrig ist, weil er etwas objektiv Unmögliches für möglich erklärt, nämlich die geordnete Beseitigung des Atom Mülls als Voraussetzung für den Bau.

rl



# Frankfurter Rundschau

Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH

Geschäftsführer: Dr. Horst Engel (Vorsitzender), Franz Nabholz, Rudolf Kohlmeier.  
6000 Frankfurt am Main 1, Postfach 2606, Große Eschenheimer Straße 16-18

## Stoltenberg will Baustopp in Brokdorf nicht hinnehmen

Regierungschef spricht nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts von „Gegensatz in der Rechtsauffassung“

KIEL, 10. Februar (dpa/l1). Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig über den weiterbestehenden Baustopp am Kernkraftwerk Brokdorf „steht im Gegensatz zur Rechtsauffassung der Landes- und Bundesregierung in der Frage der Entsorgung“. Das erklärte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU) am Donnerstag in der Landespressekonferenz in Kiel.

Das Verwaltungsgericht hatte — wie in einem Teil der Auflage berichtet — am Mittwochabend beschlossen, daß es bei dem am 17. Dezember 1976 verfügten vorläufigen Baustopp bleibt. Zur Begründung erklärte das Gericht, es bestünden ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der ersten Teilbaugenehmigung, vor allem wegen der nicht geregelten Entsorgung. Die Genehmigung hätte nur erfüllt werden dürfen, wenn die Entsorgungsfrage gleichzeitig gelöst worden wäre.

Zur Frage der Entsorgung hatte ein Vertreter des Sozialministeriums vor dem Gericht die Auffassung vertreten, die Lagerung der Brennelemente sei bis Anfang der 90er Jahre gesichert —

durch ein werkseigenes Lager in Brokdorf, ein Zwischenlager oder das Eingangslager eines geplanten „Entsorgungsparks“ der Bundesrepublik.

Stoltenberg verwies darauf, daß der Bundesinnenminister am 27. Juli 1976 schriftlich festgestellt habe, daß die rechtlichen Voraussetzungen für die erste Teilbaugenehmigung gegeben seien. Dies sei auch in der Erklärung der Bundesregierung vom 4. Februar nochmals ausdrücklich bekräftigt worden. Der Ministerpräsident betonte, daß der Bundesinnenminister dem für den Kernkraftwerksbau zuständigen Landessozialminister zur Frage der Entsorgung empfohlen habe, spätestens bis zur Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes den Nachweis zu erbringen, daß für die Beseitigung abgebrannter Brennelemente ausreichende Vorsorge getroffen worden sei. Dies sei „durch eine ausführliche schriftliche Stellungnahme der beiden (in Brokdorf engagierten) Energieversorgungsunternehmen am 24. August und 20. Oktober 1976 geschehen“, sagte Stoltenberg. Die rechtlichen Voraussetzungen für die erste Teilgenehmigung und den Sofortvollzug seien damit auch un-

ter Beachtung der Änderung des Atomgesetzes vom 30. August 1976 damit gegeben.

Stoltenberg erklärte zur Entsorgungsfrage weiter, Bundesregierung, niedersächsische Landesregierung — in den Salzstöcken dieses Bundeslandes soll der Atommüll deponiert werden — und die Energieversorgungsunternehmen hätten die Aufgabe, die Entscheidung für Niedersachsen zu treffen. Allerdings habe er Verständnis dafür, wenn Ministerpräsident Albrecht seine Zusage an grundsätzliche Voraussetzungen knüpfe, die auch im politischen Feld erfüllt sein müßten, zum Beispiel „die Solidarität aller demokratischen Parteien“.

Stoltenberg sagte, die mündlich gegebene Begründung des Gerichts berühre nicht nur das geplante Kernkraftwerk Brokdorf, sondern auch eine Reihe anderer laufender Genehmigungsverfahren im Bundesgebiet. Schon deshalb werde es erforderlich sein, im Beschwerdeverfahren beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg eine Grundsatzentscheidung in zweiter Instanz herbeizuführen. Sollten sich die Rechtsauffassungen der Verwaltungsgerichte in

Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zum Bau von Kernkraftwerken und Kohlekraftwerken durchsetzen, sei es „sehr zweifelhaft, ob in absehbarer Zeit überhaupt noch ein Kraftwerksbau in der Bundesrepublik Deutschland begonnen werden kann“.

Jetzt seien die Energieversorgungsunternehmen am Zuge, um im Wege der Beschwerde gegen den Beschluß des Verwaltungsgerichts eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg herbeizuführen, erklärte Stoltenberg. Auch ein Beamter der Landesregierung als „Vertreter des öffentlichen Interesses“ könne sich anschließen.

\*

FRANKFURT A. M. (FR). Wegen einer für 19. Februar geplanten Demonstration in Brokdorf werden Truppenteile der Bundeswehr, die an diesem Tage an Brokdorf vorbei mit Kraftfahrzeugen und Panzern zum Truppenübungsplatz Putlos (Ostsee) marschieren sollten, mit der Bundesbahn transportiert. Dies geschehe, „um Mißverständnisse zu vermeiden“, wie es am Donnerstag in informierten Kreisen hieß.

(Siehe auch Seite 3)

1. Seite



## Die Fronten bleiben

Die schleswig-holsteinische Landesregierung war schlecht gerüstet, als sie sich in den Prozeß mit den Gegnern des geplanten Kernkraftwerks in Brokdorf einließ. Sie hatte darauf gesetzt, daß die Zehnte Kammer des Schleswiger Verwaltungsgerichts weitgehend formaljuristischen Gefechten zugänglich wäre und sich etwa sehr ausführlich mit der Frage beschäftigen würde, ob den drei klagenden Gemeinden denn nun auch wirklich ein Klagerecht zustehe. Doch solche Absichten scheiterten beim Verwaltungsgericht, und auch der Versuch, nur die von der ersten Teilgenehmigung ausgehenden möglichen Gefahren zu erörtern, wurde klar zurückgewiesen.

Die Kammer befaßte sich mit dem gesamten Kernkraftkomplex und fällt in diesem Schnellverfahren, das sich eigentlich nur mit der Frage des vorläufigen Baustopps befaßt, eine grundsätzliche Entscheidung. Sie läßt sich knapp in den Satz fassen: So lange das Entsorgungsproblem nicht gelöst ist, darf in Brokdorf nicht gebaut werden. Dieser klare Spruch war auch möglich.

Das Kieler Kabinett hofft jetzt auf die zweite Instanz in Lüneburg, die sofort angerufen werden soll. Die Kernkraftgegner wollen die ihnen vom Gericht verschaffte Atempause zu einer umfas-

senden Aufklärungsaktion über die Gefahren der Kernkraft nutzen. Sie müssen dabei — ein schwieriges Verfahren — gleichzeitig noch an zwei weiteren Fronten aktiv sein: den kommunistisch-aktionistischen Kräften in ihrer Bewegung haben sie klarzumachen, daß die am 19. Februar geplante Demonstration in Itzehoe und nicht direkt am Bauzaun veranstaltet werden darf, weil dies in der aufgeheizten Situation mit fast hundertprozentiger Sicherheit zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit der Polizei führen müßte.

Eine solche Konfrontation aber könnte angesichts des Baustopps der Sache der Kernkraftgegner in der Öffentlichkeit nur schaden. Sozusagen im gleichen Atemzug darf im Interesse der Kernkraftgegner jedoch nicht vergessen werden, daß die gegenwärtige friedfertige Zurückhaltung der Bürgerinitiative als Respekt vor den Spielregeln des Rechtsstaates erfolgt, daß aber die grundlegende Forderung („Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden“) noch besteht und auch in weiteren Aktionen, falls sie nötig sind, durchgesetzt werden soll. So wird das Thema Brokdorf wohl noch lange aktuell bleiben. (Hamburg)



## kommentar

## Wir leben im Rechtsstaat

Anhand zweier Gerichtsentscheidungen konnten sich die Bürger in den letzten Tagen erneut davon überzeugen, daß sie wirklich in einem Rechtsstaat leben. Es handelte sich einmal um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Zulassung zu den Universitäten, zum anderen um die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig in Sachen Kernkraftwerk Brokdorf.

In beiden Fällen wurden berechnete Interessen und Belange der Bürger berücksichtigt. Die zuständigen Regierungen und Verwaltungen wurden von den Richtern nachdrücklich auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht.

Es lassen sich aus der Rechtsgeschichte der Bundesrepublik inzwischen sehr viele Entscheidungen dieser Art anführen. Ob es sich um die Wahrung der Grundrechte, ob es sich um die Fortentwicklung des Arbeitsrechts oder des Sozialrechts handelt — mehr und mehr bemühen sich die Gerichte aller Instanzen, den in unserem Grundgesetz enthaltenen Prinzipien des sozialen Rechtsstaats zum Durchbruch zu verhelfen.

Daß die Gesetzgebung der sozial-liberalen Koalition den Richtern oft erst die entsprechenden Rechtsgrundlagen geschaffen hat, soll dabei nicht verschwiegen werden.

Conrad Ahlers

Personal

Moskau stellt



Dieses Gericht entschied für weiteren Baustopp in Brokdorf: Die X. Kammer des schleswig-holsteinischen Verwaltungsgerichts

# Saure Reaktion in Kiel auf das Brokdorf-Urteil

## Stoltenberg hofft nun auf die zweite Instanz in Lüneburg

Von Stefan Zotschew

**Kiel/Schleswig** — Eine rauschende Siegesfeier war es nicht: Bei einem Glas Bier, einem Schinkenbrot oder einer Portion Matjeshering erhielten sich neun Mitglieder der „Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe“ (BUU) im Hinterzimmer des „Goldenen Stern“ in Schleswig von ihrem Sieg gegen die Kieler Landesregierung.

Am späten Mittwohabend hatte die X. Kammer des schleswig-holsteinischen Verwaltungsgerichts in Schleswig entschieden: Der Baustopp in Brokdorf bleibt bestehen!

Die Kläger im „Goldenen Stern“ waren sich einig: „Die ei-

gentliche Entscheidung steht noch aus. Es besteht kein Grund zum Jubel.“

### Kiel befürchtet weitere Baustopps

In der Tat: Gestern erklärte der Kieler Ministerpräsident Stoltenberg (CDU), das Urteil stehe im Gegensatz zur Rechtsauffassung von Bundes- und Landesregierung. Er erwarte, daß die mit dem Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf beauftragten Energie-Unternehmen gegen das Schleswiger Urteil vor dem Obergericht Lüneburg Beschwerde einlegen.

Stoltenberg begründete das:

Sollte sich die Rechtsauffassung des Schleswiger Gerichts durchsetzen, sei es „sehr zweifelhaft, ob in absehbarer Zeit überhaupt noch ein Kraftwerk in der Bundesrepublik begonnen werden kann“.

### SPD verlangt Konsequenzen

Der Oppositionsführer in Kiel, Matthiesen (SPD) begrüßte das Urteil und meinte, nun müsse die Landesregierung aus dem Urteil politische Konsequenzen ziehen. Vor allem die Polizei müsse verbittert sein, weil sie den Buckel für eine Sache hinhalten mußte, die von Anfang an nicht rechtens war.

Stoltenberg solle die Nacht- und Nebel-Aktion bedauern, sonst bleibe die Atmosphäre im Lande vergiftet.

Der FDP-Landesvorsitzende Ronneburger nannte das Schleswiger Urteil eine Chance für die Politiker und eine Ermunterung für den besonnenen Teil der Bürgerinitiativen.

Die Kosten des Schleswiger Verfahrens — das Urteil ergeht in den nächsten Tagen schriftlich — muß zunächst das Land Schleswig-Holstein bezahlen. Urteilt Lüneburg später anders, zahlt die BUU aus dem Treuhandkonto 25/63 31 07 bei der Vereins- und Westbank Wewelsfleth.



# Stoltenberg übt vorsichtige Kritik an Schleswiger Urteil

Helmut Häuser  
Bramweg 36

**Kiel (em) Die Entscheidung des Schleswiger Verwaltungsgerichts, den seit Mitte Dezember bestehenden Baustopp in Brokdorf nicht aufzuheben, steht nach Ansicht des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Stoltenberg „im Gegensatz zu der Rechtsauffassung der Landesregierung und der Bundesregierung“. Wie Stoltenberg gestern vor Journalisten in Kiel erklärte, gehe er davon aus, daß die mit dem Bau beauftragten Energieunternehmen gegen das Urteil vor dem Obergerichtsgericht in Lüneburg Beschwerde einlegen.**

Den Nordwestdeutschen Kraftwerken entstehen nach eigenen Angaben durch den Baustopp monatliche Verluste von rund elf Millionen Mark. Wie ein Sprecher sagte, müßten diese Verluste über die Strompreise an den Verbraucher weitergegeben werden.

Auf der Pressekonferenz vertrat Stoltenberg die Auffassung, es sei „sehr zweifelhaft, ob in absehbarer Zeit überhaupt noch ein Kraftwerkbau in der Bundesrepublik Deutschland begonnen werden kann“, wenn sich die Rechtsauffassungen der Verwaltungsgerichte in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen durchsetzen sollten.

Mit kritischem Unterton widersprach Stoltenberg der Auffassung der Schleswiger Richter, die ihr Urteil mit ernstem Zweifel an der Rechtmäßigkeit der ersten Teilgenehmigung und dem Hinweis, daß die Entsorgung des in Brokdorf anfallenden Atomabfalls nicht gesichert sei, begründet hatten. Unter Hinweis auf mehrere schriftliche und mündliche Stellungnahmen des Bundesinnenministeriums bekräftigte Stoltenberg den Standpunkt, daß die rechtlichen Voraussetzungen für die erste Teilgenehmigung vorhanden gewesen seien.

Trotz des Urteils rechnet die schleswig-holsteinische Landesregierung damit, daß die von Kernkraftwerkgegnern am 19. Februar in Brokdorf und Itzehoe geplanten Demonstrationen stattfinden. Da Hinweise vorliegen, daß auch terroristische Gruppen die Demonstration in Brokdorf zu „besonders schwerer Gewalttätigkeit“ benutzen werden, bereitet die Landesregierung nach Angaben von Stoltenberg „sehr umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen“ vor. Die in Itzehoe geplanten friedlichen Demonstrationen will die Landesregierung dagegen „respektieren“.

Die schleswig-holsteinische SPD und FDP begrüßten in Stellungnahmen die Entscheidung der Schleswiger Richter. Oppositionsführer Matthiesen erklärte: „Es ist kennzeichnend für diese Landesregierung, daß

es erst eines Gerichtsbeschlusses bedurfte, um falsche politische Entscheidungen zu stoppen.“ Besonders die Polizei müsse verbittert sein, „da sie den Buckel für eine Sache hinhalten mußte, die von Anfang an nicht rechtens war“.

Als eine Chance für die Politiker und als Ermutigung für den besonderen Teil der Bürgerinitiativen, bezeichnete der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion und stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende, Uwe Ronneburger, die Entscheidung. Sie biete für den 19. Februar die Möglichkeit, durch Kundgebungen in Itzehoe der Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen an der Baustelle zu begegnen.

Die schleswig-holsteinischen Jungdemokraten wollen sich am 19. Februar an der Demonstration in Itzehoe beteiligen und haben die Oppositionsparteien im Landtag aufgefordert, ihre Mitglieder zu der Demonstration aufzurufen.

## Bonn widerspricht Stoltenberg

**Bonn (Ino)** Das Bundesministerium hat gestern im Widerspruch zu Stoltenberg betont, das Schleswiger Verwaltungsgericht habe in der Beurteilung der Entsorgungsfrage rechtlich denselben Standpunkt eingenommen, den das Ministerium in seiner Stellungnahme im vorigen Jahr gegenüber dem Land Schleswig-Holstein vor Erteilung der ersten Teilgenehmigungsentscheidung eingenommen habe. Der parlamentarische Staatssekretär des Innenministeriums, Gerhart Baum, verwies darauf, daß die in dieser Stellungnahme seines Ministeriums angesprochene Frage der Entsorgung im Rahmen des Genehmigungsbescheides der Kieler Landesregierung nicht hinreichend geprüft worden sei. Baum betonte weiter, der Bundesinnenminister stehe in seiner Haltung voller Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Umweltministerkonferenz zur Entsorgung der Kernkraftwerke.

Kein Ärztestreik in

Kraftprobe: S



**Der Kommentar****Von Kurt Dittrich****Denkpause?**

Zähneknirschend hat die Landesregierung in Kiel das Schleswig-Urteil in Sachen Brokdorf, das übrigens noch nicht rechtskräftig ist, hingenommen.

Die Entscheidung verschafft nun allen an dem Fall Interessierten eine Denkpause. Worüber gilt es nachzudenken?

1. Jubel herrscht, wie es heißt, unter den bürgerinitiativ kämpfenden Gruppen in der Wilstermarsch. Ist das Grund zum Jubel? Gewiß: die seit Wyhl Mode gewordene Doppelstrategie hat erstmals Erfolg gehabt. Auf der einen Seite werden alle Mittel des Rechtsstaates ausgeschöpft, um eine ungeliebte Entscheidung zu verhindern – auf der anderen Seite wird marschiert. Um aber auf den Boden der berühmten Realitäten zu kommen: Hätten die diversen Brokdorf-Gegner ein entgegengesetztes Urteil mit der gleichen Gelassenheit hingenommen wie jetzt die Landesregierung?

2. Jubel herrscht, wie aus entsprechenden Äußerungen hervorgeht, bei den Oppositionsparteien im Kieler Landtag. Worüber eigentlich? In Sorge um die Energieversorgung aller Bürger hat die SPD/FDP-Koalition in Bonn ein Programm verabschiedet, das den Bau von Atomkraftwerken in der Bundesrepublik vorsieht. Selbst zur Stunde bleiben Männer wie Schmidt, Matthöfer und Klose (um nur drei in der Verantwortung stehende SPD-Politiker zu nennen) dabei: Wir brauchen Atomkraftwerke, wir brauchen Brokdorf. Gewiß: im Blick auf den künftigen Landeswahlkampf paßt das Schleswig-Urteil gut in die SPD/FDP-Landschaft. Aber wäre es nicht ganz nützlich, auch einmal über den Tellerrand von Schleswig zu schauen?

3. Jubel herrscht bei vielen Bürgern Schleswig-Holsteins über das Urteil. Sie glauben, nunmehr, wo eine Denkpause verordnet ist, das emotional aufgeheizte Klima „entsorgt“ werden kann. Auf gut deutsch: daß endlich der Krawall um Brokdorf aufhört. Ist dies aber wirklich zu erwarten? Im Grunde könnten doch die diversen Bürgerinitiativen zufrieden sein: die gesamte Thematik wird erneut behandelt werden, erneut werden Sachverständige, Wissenschaftler, Professoren, Fachleute, Juristen zu Wort kommen.

Aber wird deshalb nun der Krawall um Brokdorf aufhören? Bis zur Stunde ist nichts davon zu hören, daß die diversen zerstrittenen Gruppen ihre Absicht aufgegeben hätten, am 19. Februar in Itzehoe bzw. Brokdorf zu demonstrieren.

Vielleicht, so wird mancher denken, überlegen sie es sich ja nach dem neuesten Stand der Dinge noch einmal. Die Hoffnung indes ist klein. Denn für die meisten, die an den Demonstrationsdrähten ziehen, geht es ja schon längst nicht mehr nur um die Sache, über die in Schleswig entschieden wurde.



N.R. Nr. 77, 1. Seite

## Letzte Meldung

# STOPP

Schleswig (hr) Das Kernkraftwerk Brokdorf darf vorläufig nicht weitergebaut werden. Diese überraschende Entscheidung fällt gestern am späten Abend das Schleswiger Verwaltungsgericht. Die Richter gaben damit der Klage der neun Einzelpersonen aus Brokdorf und anderen umliegenden Ortschaften statt. Der Baustopp gilt bis zur gerichtlichen Entscheidung in der Hauptsache. Wie die Kammer in der Begründung für das Urteil unter anderem feststellte bestehen nach ihrer Ansicht ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der ersten Teilgenehmigung. Die Genehmigungsbehörde habe die Frage der Entsorgung des Kernkraftwerkes Brokdorf in der ersten Teilgenehmigung nicht ausreichend berücksichtigt.

verkehrs von der Schiene auf den Bus in weiten Gebieten kann der Aus-schub eindrucksvolle Zahlen ins Feld führen. Danach ist der Bundesbahnanteil am Personenverkehr, der 1950 noch 40 Prozent ausmachte, bis 1975 auf sieben Prozent - auf dem flachen Land sogar bis auf drei Prozent - gesunken. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Kraftfahrzeuge von 2,4 auf 21 Millionen erhöht. Beim Güterverkehr war die Entwicklung wesentlich günstiger. Hier hat sich der Bundesbahnanteil lediglich von 55 auf 30 Prozent verringert.

Der Staatssekretärausschuß rechnet damit, den von Bundesverkehrsminister Gscheide gesetzten Zeitplan einzuhalten. Die eigentlich schwierigen Beratungen beginnen auf der Länderverkehrsministerkonferenz Mitte Mai, denen Beratungen in den Landkreisen folgen, wo die Streckenstilllegungen im Detail ausgehandelt werden sollen.

Unterschriften zugunsten der Unterzeichner der „Charta 77“  
Botschaft abzugeben (siehe zweite Politik-Seite)

## Am Abend: Gericht zieht sich zur Beratung zurück Warten auf die Brokdorf-Entscheidung

Schleswig (Ino) Das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht hat am Mittwoch noch keine Entscheidung über eine eventuelle Fortsetzung des Baustopps am geplanten Kernkraftwerk in Brokdorf an der Unterelbe verkündet. Ein Sprecher erklärte am Abend vor Verhandlungsende, der Beschluß werde den Verfahrensbeteiligten wahrscheinlich noch in dieser Woche schriftlich zugestellt. Später zog sich das Gericht überraschend zur Beratung zurück, um darüber zu entscheiden, ob der Beschluß noch am gestrigen Abend verkündet werden sollte.

Grundlage des Verfahrens ist die Frage der Rechtmäßigkeit der sofortigen Vollziehung der atomrechtlichen Genehmigung. Gegen diese erste Teilgenehmigung hatten drei Gemeinden und neun Einzelpersonen aus der Umgebung Brokdorfs geklagt und am 15. Dezember vorigen Jahres den vorläufigen Baustopp erreicht.

Im Mittelpunkt der Verhandlung vor der X. Kammer des Gerichts stand die Frage der Entsorgung von Kernkraftwerken. Der Anwalt der Klägerseite betonte, die Genehmigung enthalte keinerlei Regelung über die Entfernung abgebrannten Kernmaterials. Er führte außerdem eine Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Interessen der Gemeinden sowie eine gesundheitliche Gefährdung der Bewohner durch radioaktive Belastung ins Feld.

„Im wesentlichen dient dieser Ter-

min unserer Information für die Hauptverhandlung“, betonte der Vorsitzende Verwaltungsrichter. Der Anwalt der Kläger begründete die Anträge mit einer Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Interessen der Gemeinden sowie einer gesundheitlichen Gefährdung der Bewohner durch das geplante Kernkraftwerk.

Diese Beeinträchtigungen sind nach Auffassung der beklagten Seite nicht gegeben. Die juristischen Vertreter und Bevollmächtigten des schleswig-holsteinischen Sozialministers, des Ministers für Wirtschaft und Verkehr sowie der vier Energiegesellschaften bezweifelten außerdem die Klagebefugnis der Gemeinden. Sie wiesen auch den Vorwurf zurück, daß der Flächennutzungsplan der Gemeinde Brokdorf „total widersprüchlich“ und „offensichtlich rechtswidrig“ sei. Auf diesem Plan basiert teilweise die erste Teilgenehmigung.

## »Manches erhellt und manches verdunkelt«



# Beide Seiten beharren auf Standpunkten

## Schleswiger Richter hörten Brokdorf-Parteien

**Schleswig (em/hr)** Das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht in Schleswig hat gestern in einer öffentlichen Verhandlung darüber beraten, ob der Beschluß vom 15. Dezember vergangenen Jahres, in dem ein Baustopp für das Kernkraftwerk Brokdorf verordnet worden war, aufrechterhalten werden soll. Im Mittelpunkt der in gelockter Atmosphäre verlaufenen Anhörung der Rechtsvertreter und Gutachter standen unter anderem die Fragen, ob die Lagerung von Abfällen aus Kernkraftwerken gelöst sei, wie groß das Risiko für die in der Nähe von Kernkraftwerken lebenden Menschen sei und ob die Gemeinden Dammfleth, Krummdeich und Wewelsfleth sowie neun weitere Kläger aus Brokdorf, Wewelsfleth und Borsfleth überhaupt klageberechtigt seien. Die Entscheidung über eine Verlängerung des Baustopps war für gestern nicht vorgesehen.

Vor etwa 150 Zuhörern im vollbesetzten Saal befaßten sich die drei hauptamtlichen und zwei ehrenamtlichen Richter zunächst ausführlich mit der Frage der Klageberechtigung. Bereits hier zeigte sich, wie groß die gegensätzlichen Auffassungen zwischen den Klägern auf der einen und den Beklagten, dem schleswig-holsteinischen Sozial- und Wirtschaftsministerium, auf der anderen Seite bestehen. Der Anwalt der Kläger, Rechtsanwalt Winfried Günnemann, begründete die Klageberechtigung seiner Mandanten unter anderem damit, daß die Gemeinden, die in der Nähe des Kernkraftwerkes liegen, wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen müssen. Er nannte unter anderem die Funktion als Naherholungsgebiet.

Die Anwälte der Beklagten und der beigeladenen Kraftwerke verneinten dagegen eine Klageberechtigung. Unter anderem mit der Begründung, daß nicht alle Bürger der klagenden Gemeinden hinter dieser Klage stünden.

Auch die von Günnemann genannten wirtschaftlichen Beeinträchtigungen wollten die „gegnerischen“ Anwälte nicht gelten lassen. Der Anwalt der Kraftwerke, der Frankfurter Professor Dr. Fischerhof, führte beispielsweise an, daß in der Nähe des Kernkraftwerkes Biblis ein Erholungsgebiet bestehe und von Gundremmingen aus „die Wasserversorgung von halb Württemberg“ betrieben werde. Bei diesen und einer Reihe weiterer Äußerungen wurden im Zuschauer-raum Mißfallensäußerungen laut, wor-

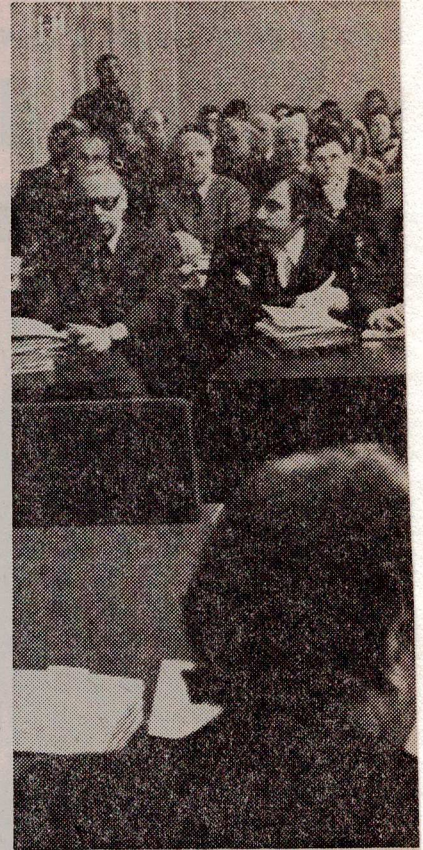
auf der Vorsitzende Richter Feist mit der Räumung des Saales drohte.

Nach dem ersten von allen Seiten betont sachlich geführten Schlagtausch legte Günnemann dem Gericht einen Beweis Antrag vor, in dem die Ansicht vertreten wurde, bei der Bewilligung der ersten Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf sei das Risiko für die Bevölkerung viel zu gering eingeschätzt worden. Es müsse mit „äußerst massiven“ Schäden für jeden einzelnen gerechnet werden. Nach einem Einspruch von Professor Fischerhof, gegebenenfalls selbst Beweis anträge vorzulegen und damit den weiteren Verlauf der Sitzung zunächst zu unterbrechen, lehnte das Gericht nach einer Beratungspause den Antrag der Klägerseite jedoch ab.

Auf Wunsch des Gerichtes kam anschließend das Problem der Entsorgung ausführlich zur Sprache. Uneinigkeit herrschte dabei zunächst über die Frage, ob die Entsorgung bei der ersten Teilgenehmigung durch das Land nicht deutlicher hätte berücksichtigt werden müssen. Während von den Anwälten der Beklagten und der beigeladenen Kraftwerke die Auffassung vertreten wurde, ein genaues Konzept über die Entsorgung gehöre noch nicht in die erste Teilgenehmigung, widersprach Rechtsanwalt Günnemann dieser Auffassung. Auch der Vorsitzende Richter erinnerte an die Forderung des Atomgesetzes, wonach schon bei der Genehmigung „ein vorläufiges Gesamturteil“ über das geplante Projekt verlangt wird.

Befürchtungen, der Bau von Kernkraftwerken könnte an der Lagerung der Abfälle scheitern, versuchte anschließend der von den Anwälten der Beklagten als Gutachter geladene Ministerialdirektor Wilhelm Sahl, Abteilungsleiter für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz im Bundesinnenministerium, zu zerstreuen. Sahl vertrat die Auffassung, zehnjährige Forschungsvorhaben hätten den Beweis geliefert, daß die Kernkraftwerkentsorgung technisch gelöst sei. Die Bundesregierung gehe davon aus, daß sich die niedersächsische Landesregierung an ihren Kabinettsbeschluß hält und in Kürze einen Standort für die Schaffung des geplanten Entsorgungsparks benennen werde. Die Bundesregierung habe bereits alle Vorbereitungen getroffen, damit mit dem Bau der Anlage begonnen werden könne. Auf die Frage des Gerichtes, ob mit einer Fertigstellung im Jahre 1988 gerechnet werden kann, wollte sich Sahl jedoch nicht festlegen. Wie er sagte, könne die Fertigstellung ein Jahr früher erfolgen, es sei aber auch eine Verzögerung um zwei Jahre möglich.

Nach der Mittagspause legten die Parteien noch einmal zusammenfassend ihre Auffassungen zur Frage der Entsorgung dar. Rechtsanwalt Günnemann



Vor vollbesetztem Zuschauersaal bega Brokdorf-Beratung

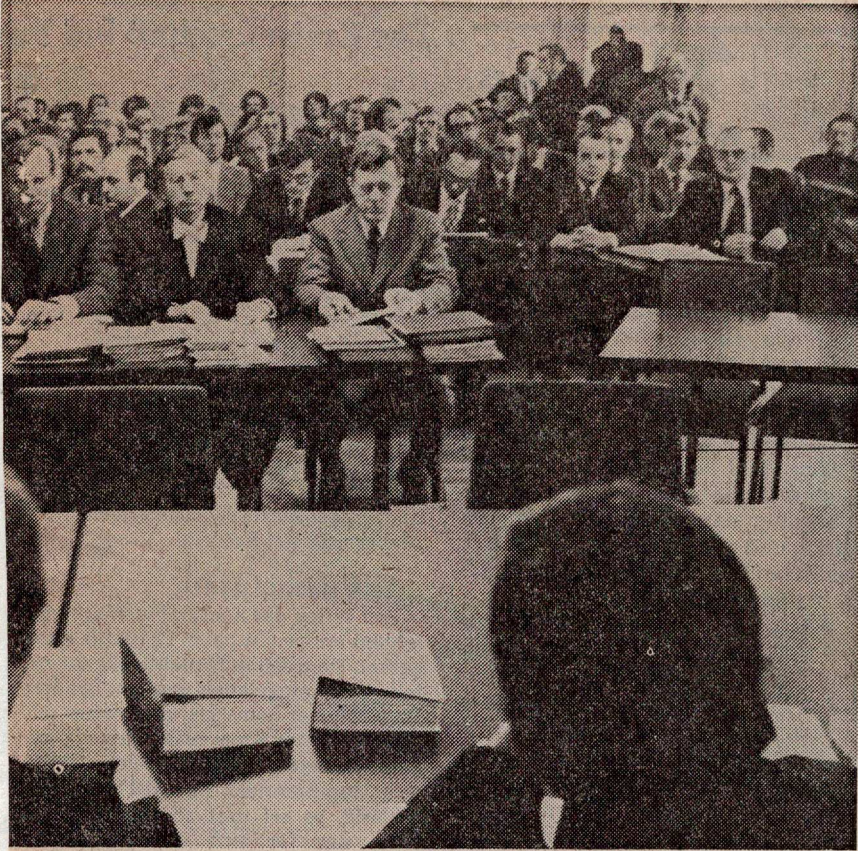
mann unterstrich dabei, daß ein Entsorgungskonzept im Genehmigungsbescheid erläutert werden müsse; das sei in diesem Falle nicht geschehen. Auch die im bisherigen Verlauf der Verhandlung von der Beklagten vorgebrachten Auffassungen zu dem Entsorgungsproblem ließen kein Konzept, sondern allenfalls „Studien“ erkennen. Das Gericht dürfe sich auch nicht mit den angebotenen Zwischenlösungen vertrösten lassen. Vielmehr müsse schon heute die Frage nach dem Standort, dem Baubeginn und der Baudauer eines Zwischenlagerbeckens gestellt und beantwortet werden.

Demgegenüber vertraten die Beklagten die Auffassung, daß technologische Entwicklung und Planung (und damit auch die Genehmigung) parallel verlaufen müßten. Für die erste Teilgenehmigung genüge der Hinweis auf die gesetzliche Pflicht der Bundesregierung zur Erstellung von Entsorgungsanlagen. Die Frage der Entsorgung sei im übrigen von der Genehmigungsbehörde in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form geprüft worden.

Ein Beamter des Landessozialministeriums erklärte, daß die Lagerung der verbrauchten Brennelemente bis Anfang der 90er Jahre gesichert sei, ohne daß der geplante zentrale Entsorgungspark der Bundesrepublik insgesamt fertiggestellt sein müsse. Dabei böten sich folgende Möglichkeiten der Zwischenlagerung an: Entweder das Eingangslager des Entsorgungsparks, das nach dem derzeitigen Stand der Planung ab 1984 aufnahmefähig sein werde, ein eventuell zu errichtendes Zwischenlager mit beliebigen Standort oder aber auch das Brokdorfer werkseigene Lager, dessen



Donnerstag, den 10. Februar 1977



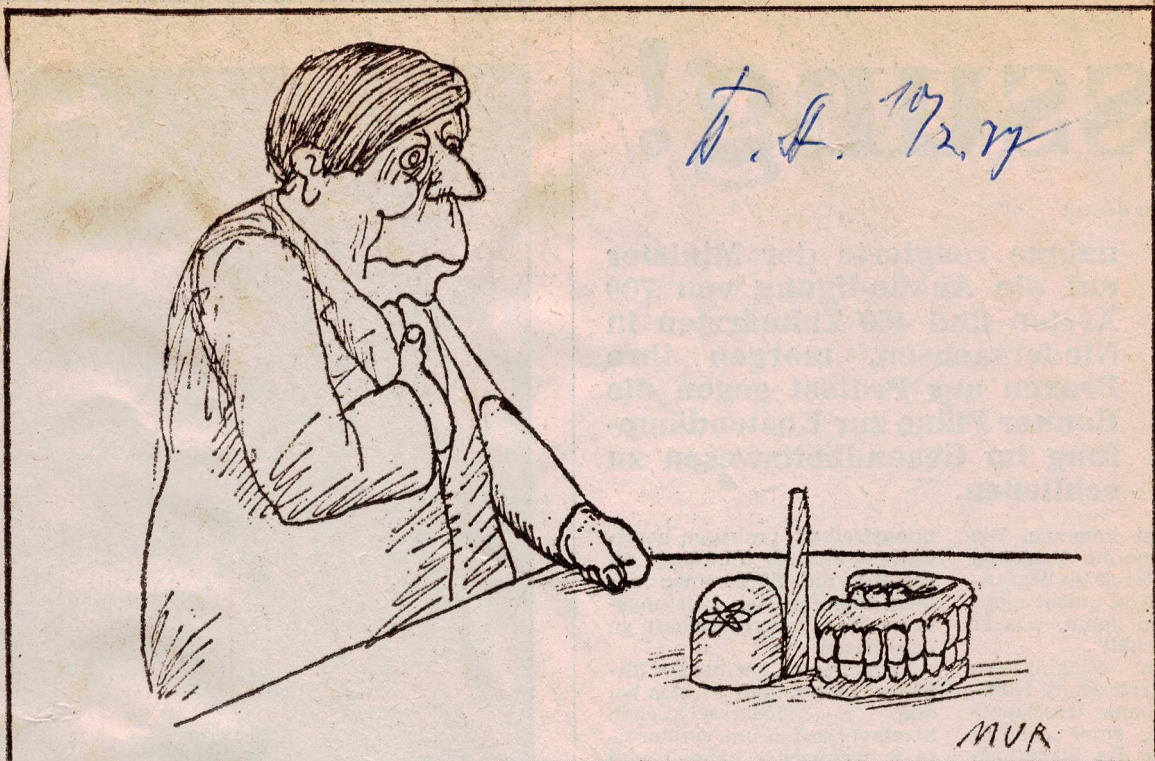
nn das Schleswiger Verwaltungsgericht gestern seine mit Spannung erwartete

Kapazität erheblich ausgeweitet werden könne.

Eine ganz deutliche juristische Linie verfolgte der Rechtsvertreter der am Bau in Brokdorf beteiligten Energieunternehmen. Er vertrat die Auffassung, daß Fragen der Brennstoffentsorgung im Zusammenhang mit der ersten Teilgenehmigung überhaupt

nicht erörtert werden dürften. Infolgedessen sei das Gericht nicht berufen, über diesen Problemkreis zu entscheiden. Es habe später in den weiteren Stufen, falls es dann angerufen werde, ausreichend Gelegenheit, sich mit der Entsorgung zu befassen. Das Gericht müsse sich „auf das zurückziehen, was formal rechtens ist“.





Brokdorf ist abgeriegelt

AUS: DIE ZEIT (Murschütz)

# Auf dem Richtertisch lag der Atom-Müll

## Schleswig: Brokdorf-Verhandlung mit Überraschungen

Von Peter Kruse

Schleswig, 10. Februar

Unter frisch getünchtem altem Stuck des Saales 224 im Verwaltungsgericht Schleswig riß dem Vorsitzenden Richter Jürgen Feist nach zweieinhalb Stunden Brokdorf-Verhandlung der Geduldsfaden.

Der 37 Jahre alte Richter nahm den Kopf zwischen beide Hände und beschwor Gutachter, Kläger und Beklagte: „Ich bin halt nur Jurist, ich mit meinem Laienverstand. Das Gericht will wissen: Kann das Kernkraftwerk Brokdorf von 1985 an entsorgt werden?“

Also die Frage: Ist ein Platz gefunden, auf dem der Atom Müll seine sichere letzte Ruhe findet und auf dem ein Werk aus Kernbrennstoffmüll wieder neue Brennstäbe produziert?

Abgesehen von dem erwarteten Nein der Kraftwerksgegner (die Gemeinden Dammfleth, Krummdeich, Wewelsfleth sowie neun Bürger Brokdorfs) blieben auch die beklagten Ministerien der schleswig-holsteinischen Regierung eine klare Antwort schuldig.

Die Ansicht der norddeutschen Kernenergie-Befürworter, die Regelung der Atom Müll-Beseitigung habe Zeit bis zur Inbetriebnahme Brokdorfs und brauche jetzt schon gar nicht geklärt zu werden, weil es doch nur um erste Geländearbeiten gehe, wischte Richter Feist vom Tisch:

„Muß man denn nicht vorher wissen, wie etwas funktioniert?“

Verblüfft mußten die beklagten Sozial- und Wirtschaftsminister Kiels sowie die Atomstrombetreiber Nordwestdeutsche Kraftwerke, Hamburgische Electricitätswerke und die Kernkraftwerk Brokdorf GmbH feststellen, daß der Brennstoffabfall unerwartet zum Dreh- und Angelpunkt geworden war. Um einem drohenden Punkterverlust zu entgehen, schickten

sie ihren kundigsten Gutachter an die Schleswiger Gerichtsfront.

Ministerialdirektor Wilhelm Sahl, der Mann, der im Bundesinnenministerium über deutsche Reaktorsicherheit wacht, bestätigte die „Laienmeinung“ des Richters: „In der Tat, die Entsorgung der Kernkraftwerke ist der neuralgische Punkt. Aber: Wir haben von der niedersächsischen Regierung Albrecht die Zusage, daß ein Standort für die Wiederaufbereitungsanlage ausgewählt wird.“

Diese Anlage, so der Bonner Experte, könnte 1980 genehmigt sein. Doch ganz sicher ist sich Wilhelm Sahl seiner Sache nun auch wieder nicht. Denn „einschwören“ möchte er sich nicht lassen. „Es kann ein Jahr früher oder zwei Jahre später sein.“

Inzwischen dürfte sich jedoch in der Abteilung Sahl herumgesprochen haben, daß die Regierung Albrecht in Sachen Atom Müll nicht unbedingt zu einem Ja und Amen bereit ist. Die Zählung der widerspenstigen Niedersachsen dürfte für Bonn bestimmt kein Lustspiel werden.

Auch der Sachverständige der Kieler Landesregierung sprang in die Bresche und versuchte das Gericht mit einem variantenreichen Zeitplan zu überzeugen. An-

genommen: Brokdorf gehe Anfang 1983 in die „heiße“, das heißt: stromproduzierende Phase, könne man bis 1985 in eigenen Lagerbecken den brennstoffmüll zwischenlagern.

Wenn dann, nach der Kieler Rechnung, Niedersachsen noch nicht in der Lage sei, den Müll aufzunehmen, könnte Brokdorf seine Lagerkapazitäten für den brennstoffmüll erweitern. „Das würde bis 1990 reichen“, resümierte der Kieler Vertreter.

Und überhaupt: Zwischenlager könnten überall gebaut werden. Der Sachverständige entwarf auch gleich ein Bild dieser Ausweichquartiere. Es sollen Wasserbecken nach der Art eines Swimming-pools sein. Die ausgedienten Brennstäbe, immer noch aktiv, heiß und gefährlich, lagern am Grund, und das Wasser schirmt die radioaktive Strahlung ab. Als Dach stellt sich der Experte eine Betonkonstruktion vor, die jede Explosion aushält und selbst dem Volltreffer eines abstürzenden Flugzeugs widersteht.

Daß diese Expertise kein Volltreffer war, zeigte nach zehnstündiger Verhandlung die Entscheidung am späten Abend: In Brokdorf darf zunächst nicht weitergebaut werden.



einmal mehr Hans Stenzel aus Beidenfleth, der mit 776 Punkten seine Gegner ganz klar auf die Plätze verwies. Zweiter wurde Johannes Franzenburg aus

bel, Brokdorf, 118 Punkte. Trostpreise erhielten im Skat Hartmut Feldtmann, er errang 313 Punkte und im Doppelkopf Georg Suhr mit 70 Punkten.

Familie in Wilster mußte die Polizei schlichten, weil ein Besucher den Hausherrn bedrohte. Die herbeigerufene Polizei verhinderte eine Tötlichkeit.

tiona

## Heute Verhandlung über Brokdorf

**BROKDORF/SCHLESWIG (joko).** Die X. Kammer des Schleswiger Verwaltungsgerichts wird am heutigen Mittwoch darüber entscheiden, ob der von den Verwaltungsrichtern bereits Ende des vergangenen Jahres verfügte Baustopp weiterhin bestehen bleibt.

Die Verhandlung beginnt um 9.30 Uhr im Sitzungssaal des Oberlandesgerichts, weil die Säle des Verwaltungsgerichts nur über einige Zuschauerplätze verfügen, der Andrang zur heutigen Verhandlung jedoch sehr groß ist.

Die X. Kammer des Schleswiger Verwaltungsgerichts, unter dem

Vorsitz von Richter Jürgen Feist, hat zu diesem Termin mehrere Zeugen und Sachverständige geladen. Die Kammer besteht aus drei Berufs- und zwei Laienrichtern.

Beigeladen wurden zur Verhandlung auch die Kläger (es handelt sich dabei unter anderem auch um die Gemeinden Wewelsfleth und Dammfleth sowie einzelne Bürger aus der Wilstermarsch) und die NWK.

Die Nordwestdeutschen Kraftwerke sind mit den Rechtsanwälten Dr. Fischerhof (Frankfurt) und Dr. Gaul (Hamburg) sowie durch den Technischen Geschäftsführer Dr. Voß vertreten.

Ob die Verwaltungsrichter bereits am heutigen Mittwoch eine Entscheidung treffen, ist noch nicht abzusehen. Ein Mitglied des Schleswiger Gerichts: „Vermutlich wird die Entscheidung erst am Donnerstag bekanntgegeben“.

Die 150 vorhandenen Zuschauer- und Pressekarten für die Verhandlung sind bereits restlos vergriffen. Auch von der „Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe“ werden einige Vertreter in Schleswig anwesend sein.

Über die Verhandlung vor der X. Kammer und über die Entscheidung der Verwaltungsrichter in dieser Angelegenheit werden wir in der RUNDSCHAU noch ausführlich berichten.

Er  
KI  
end  
chu  
Abge  
Stein  
schu  
lastu  
herv  
lich  
sollt  
Land  
nung  
wirts  
mit a  
um d  
statten  
Die  
funge  
faßt, e  
deutsa  
ses zu  
merhin

N.R. 9.277